

Die größte Flugzeugbestellung bei Airbus und Boeing aller Zeiten

## Indien hebt ab

In vier Jahren wird Indien – Wirtschaftsleistung 2022: 3,47 Billionen Dollar – Deutschland (4,03 Billionen) überflügeln. Das prognostiziert die Investmentbank Morgan Stanley. Daher geht Air India auf Einkaufstour: 140 A320, 70 A321 und 40 große A350 wurden bei Airbus bestellt. Boeing soll 190 Mittelstreckenflieger der 737max-Reihe sowie 20 Dreamliner 787 und zehn große 777 liefern. Der Vertrag enthält auch eine Option für 370 zusätzliche Airbus- und Boeing-Jets, was die Gesamtzahl auf 840 erhöht – es ist die größte Flugzeugbestellung aller Zeiten und nur konsequent: Der Wohlstand des 1,4-Milliarden-Einwohnerlandes wächst. Von der Softwaremetropole Bangalore im Süden bis zur Hauptstadt Neu-Delhi sind es 2.100 Kilometer Fahrstrecke.



von  
**Thomas Kirchner**

„Zunehmender Wohlstand bringt nicht nur in Asien rasant wachsende Passagierzahlen.“

Während die EU Kurzstreckenflüge verbieten will, hofft Indien, ein internationales Drehkreuz wie Doha (Qatar Airways) oder Dubai (Emirates) zu werden. Aber das dürfte schwierig werden, denn in Asien steigt das Passagieraufkommen zwar rasant, doch die meisten dortigen Großflughäfen haben ihr Ziel eines dominanten internationalen Drehkreuzes verfehlt. Indien hat allerdings einen Startvorteil: Delhi und Bombay führen die Rangliste der bestvernetzten Drehkreuze Asiens an. Grund dafür sind Inlandsflüge innerhalb des Subkontinents mit der sechsfachen Fläche Deutschlands. Will Air India auch international mithalten, muß es seine Qualität verbessern. Auf nur drei Sterne kommt die Gesellschaft bei Skytrax, Qatar auf die Höchstnote von fünf; Emirates und Lufthansa kommen nur noch auf vier. Air India kann den Aufstieg ins obere Mittelfeld durchaus schaffen. Der Absturz nach dem Einstieg des Staats ist ein Schicksal, das Air India mit der Lufthansa teilt. 1932 von einem indisch-

französischen Sproß der Industrienfamilie Tata (Jaguar, Land Rover, Stahl) gegründet, wurde die Fluggesellschaft 1953 verstaatlicht und zum Verlustgeschäft. Ab dem Jahr 2000 wurde Air India im Zuge der Privatisierung von den Tata zurückgekauft – und die Eigner setzen jetzt auf aggressives Wachstum. Das ist riskant, wie der Zusammenbruch des Adani-Imperiums (JF 8/23) zeigt. Doch in einer stark wachsenden, mit billiger russischer Energie versorgten Wirtschaft stehen die Chancen gut.

Indiens steigender Wohlstand seit dem Ende der sozialistischen Experimente gefällt nicht jedem. Die NGO Oxfam nahm sich in ihrem zum Weltwirtschaftsforum in Davos veröffentlichten „Ungleichheitsbericht 2023“ Indien vor und forderte eine Vermögenssteuer. Grund für den Fokus auf Indien dürfte der Absturz der Finanzmärkte der Industrieländer sein, durch den die Wohlhabenden 20 Prozent ihrer Vermögenswerte einbüßten, während Indiens Börse nach wie vor bei den Höchstständen von 2021 verweilt.

Das Oxfam-Jammern über Ungleichheit läßt die tatsächlichen Fortschritte des Landes unter den Tisch fallen. Der Anteil der Bevölkerung in extremer Armut wurde laut Weltbank zwischen 2011 und 2019 um zwölf Prozentpunkte reduziert. Die Mittelschicht wuchs zwischen 2004 und 2021 von 14 auf 31 Prozent der Bevölkerung, sie soll sich bis 2047 auf zwei Drittel verdoppeln. Seit den 1970er Jahren kamen immer mehr japanische Touristen nach Neuschwanstein, so wie deutsche Touristen das Taj Mahal bewunderten. Bis zur Covid-Krise wuchs die Zahl chinesischer Reisegruppen rasant an. Künftig wird wohl Air India Touristen nach Deutschland einfliegen – wenn nicht gerade Klimakleber die Landebahn blockieren.



FOTO: PICTURE ALLIANCE / PANAMA PICTURES

**Leopard 2 A6 der Bundeswehr in Augustdorf 2022:** Durch neue Haushaltstricks können Neubeschaffungen für die Ukraine direkt von der Industrie auf Kosten des Bundes bezogen werden

## Es gibt viele Finanztöpfe

**Ukraine-Krieg:** Die fiskalische Handhabe der militärischen Hilfen ist hochgradig intransparent

DIRK MEYER

Die Bundesregierung ist um Transparenz bemüht. Zum Stand 13. Februar wurden seit Januar 2022 Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter in die Ukraine im Umfang von 2,6 Milliarden Euro erteilt. In ihrer „Liste der militärischen Unterstützungsleistungen“ veröffentlicht die Regierung wöchentlich aktualisiert alle gelieferten Güter wie 240.000 Wintermützen, 38 Laserentfernungsmesser und 15 Bergepanzer. Allerdings umfaßt der Genehmigungswert eben nur die nach dem Außenwirtschaftsrecht gemäß Paragraphen 46 bis 48 Außenwirtschaftsverordnung (AWV) genehmigungspflichtigen Hilfen. Insbesondere sogenannte Dual-Use-Güter mit prinzipiell auch ziviler Verwendung wie Lkw-Nutzfahrzeuge oder Wolldecken bleiben außen vor.

Das gilt auch für Güter, bei denen die Bundesregierung Verfahrenserleichterungen geschaffen hat, so für Schutzgüter. Zudem stehen für gebrauchtes Material aus Beständen der Bundeswehr (Bw) keine tragfähigen Wertangaben zur Verfügung. Da die Kameralistik keine Abschreibungen bzw. Wertberichtigung kennt, muß ein Zeitwert geschätzt werden, der weit unterhalb der jeweiligen Neu- oder Wiederbeschaffungswerte liegen kann. Andere Quellen geben den Wert bisheriger Lieferungen auch deshalb entsprechend höher mit rund vier Milliarden Euro an. Bei weltweiten Militärhilfen von 62,2 Milliarden Euro ist Deutschland – zusammen mit Polen – der drittgrößte Lieferant; hinter den USA mit 44,3 Milliarden Euro und Großbritannien mit 4,9 Milliarden Euro. Frankreich steht laut Angaben des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) mit 0,7 Milliarden Euro an siebter Stelle.

**Parlamentsbeteiligung nicht immer gegeben**

Über welche Kanäle kommen die Waffenlieferungen und wie werden sie finanziert? Schnell und von den Abläufen her relativ unkompliziert steht an erster Stelle die Lieferung aus vorhandenen Bw-Beständen an die Ukraine. Ohne Zustimmung des Bundestages kann die Regierung entscheiden, der Ukraine entsprechendes Material bereitzustellen. Demokratiebezogen ist aus zwei Gründen Kritik zu üben. Zum einen wurden die Gerätschaften im Einzelplan (EP) 14 des Verteidigungsministeriums für die Bundeswehr und deren Auftrag angeschafft. Jetzt widmet die Regierung diese Anschaffungen für einen anderen Zweck um, konterkariert also

einen ehemaligen Bundestagsbeschluss. Insofern läuft die Ukraine-Hilfe direkt aus (vorjährigen) Bundeshaushalten, ohne daß dies je parlamentarisch gebilligt wurde.

Zum anderen ist die Bw eine Parlamentsarmee, spricht: der Einsatz oder gar der Verteidigungsfall benötigen einen Beschluss des Bundestages. Der Beschluss der Bundesregierung, 14 Leopard-Kampfpanzer des Typs 2A6 zu liefern, beinhaltet neben Logistik und Wartung der Systeme auch die Ausbildung. Gemäß einem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages (WD 2-3000-019/22) könnte die Ausbildung ukrainischer Soldaten an westlichen Waffen, die auf deutschem Boden stattfindet, völkerrechtlich eine Kriegsbeteiligung darstellen. Außerdem „blutet“ die Bw mit den Lieferungen zunehmend aus – gerade auch was Munition betrifft, so daß die Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages noch mehr in Frage steht. Bei diesen wichtigen Entscheidungen sollte der Bundestag nicht außen vor bleiben, denn sonst würde die Bw zur „Kanzler-Armee“.

Die (Wieder-)Beschaffung über den Verteidigungshaushalt wird zukünftig mangels vorhandener Bestände in den Vordergrund rücken. Hier können über den EP 14 Nachbestellungen oder aber auch direkt für die Ukraine vorgesehene Lieferungen vom Bundestag beschlossen, angeschafft und finanziert werden. Bei Projekten über 25 Millionen Euro ist außerdem der Haushaltsausschuß bei der Vertragsschließung mit den Anbietern einzubinden. Allerdings erfolgt die Rüstungsbeschaffung aufgrund der vertraglichen und produktionstechnischen Vorlaufzeit erst in den Folgejahren – so auch die des Leopard 2A6.

Alternativ gibt es seit 2016 den EP 60 „Ertüchtigung von Partnerstaaten im Bereich Sicherheit, Verteidigung und Stabilisierung“, der befreundete Staaten in die Lage versetzen soll, in Krisen selbst für Sicherheit zu sorgen. 2022 wurde der Topf nach Ausbruch des Krieges von 225 Millionen Euro in einem Ergänzungshaushalt auf 1,78 Milliarden Euro aufgestockt, dessen Großteil für ukrainische Militärhilfe verwendet wurde. Im laufenden Jahr stehen dafür 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Hieraus können Neubeschaffungen für die Ukraine direkt von der Industrie auf Kosten des Bundes bezogen werden. Dies setzt einen Antrag der Ukraine voraus. Die Rechnungen erstattet die Bundesregierung nach Freigabe den Unternehmen unmittelbar. Laut einem Haushaltsvermerk können auch Ersatzbeschaffungen der Bw für Material, das zum Zwecke einer kurzfristigen Ertüchtigung aus den eigenen Bw-Beständen abgegeben wurde, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium aus diesem Titel finanziert werden. So ist geplant, die an

die Ukraine bereits aus Bw-Beständen gelieferten 14 Panzerhaubitzen 2000 sowie die dazugehörige Munition auf diesem Weg zu (re-)finanzieren, um den Bestand der Bw wiederherzustellen. Auch ein Ringtausch, so etwa geschehen im Rahmen slowakischer Panzer sowjetischer Bauart an die Ukraine gegen ältere Leopard-2-Panzer aus deutschen Industrieständen, kann hierüber abgewickelt werden.

**„Europäische Friedensfazilität“ soll Waffenlieferungen ermöglichen**

Schließlich bleibt das 100-Milliarden-Sondervermögen Bundeswehr als nationaler Steinbruch für Militärhilfen. Zwar dürfen materielle Unterstützungen der Bündnispartner, einschließlich Waffenlieferungen an die Ukraine, durch den Sonderhaushalt nicht finanziert werden. Der Zusatz war die Bedingung der CDU/CSU für die Zustimmung zur Grundgesetzänderung Artikel 87a Absatz 1a, mit der der Sonderhaushalt möglich wurde. Die durch das Sondervermögen Bw zu finanzierenden Projekte sind in einem jährlich neu erstellten Wirtschaftsplan zusammen mit dem Bundeshaushalt vom Parlament zu genehmigen. Durch Umschichtungen von Projekten aus dem EP 14 in diesen Wirtschaftsplan kann allerdings Platz für ukrainische Militärhilfen im Regelhaushalt geschaffen werden – der Gesetzeszusatz wird damit zur Fassade.

Letztendlich besteht die Möglichkeit, daß die Ukraine auf eigene Kosten direkt Waffen von deutschen Unternehmen kauft, vorausgesetzt es liegt die Exportgenehmigung vor. Zumindest zu Anfang des Krieges scheint hiervon Gebrauch gemacht worden zu sein, da die Militärhilfen nur zögerlich in Gang kamen. So sollen auf diesem Wege 2.650 Panzerabwehrwaffen beschafft worden sein.

Des weiteren besteht auf EU-Ebene eine „Europäische Friedensfazilität“, die bis 2027 mit derzeit 5,7 Milliarden Euro gefüllt ist. Bereits jetzt sind für die Ukraine 2,5 Milliarden Euro freigegeben. EU-Staaten können ihre Waffenlieferungen auf Antrag aus dem Fonds refinanzieren. Da die beantragten Auszahlungen etwa doppelt so groß sind wie die verfügbaren Fondsmittel, beträgt die Erstattungsquote derzeit 46 Prozent. Polen ist als bislang größter Nutznießer des Fonds unzufrieden und blockierte deshalb teilweise weitere Zuführungen. Deutschland mit einem Finanzierungsanteil am Fonds von etwa 25 Prozent hat bislang überaus zurückhaltend diese Möglichkeit genutzt – gemäß dem Motto: Geben ist seliger denn Nehmen.

**Prof. Dr. Dirk Meyer** lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Fritz Vahrenholt warnt in seinem Buch vor der „Großen Energiekrise“

## Roberts Kettensäge

Von **Fabian Schmidt-Ahmad**

Sonnenbeschiene Wiesen, dazu knarrende Flügel einer Windmühle – die Grünen bemühen romantische Bilder, um für ihre Energiepolitik zu bewerben. So auch Robert Habeck, der die Deutschen nun auf ein neues „Strommarktdesign“ einswört. Was das ist, kann er nicht sagen, aber es wird irgend etwas Innovatives werden, mit günstigem Strom für alles und jeden, intelligenten Stromreglern und so. Also so realistisch wie eine Seite aus seinen Kinderbüchern. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Ein 200 Meter hohes Windkraftwerk hat einen gewaltigen ökologischen Fußabdruck, denn es müssen Hunderte Tonnen Beton in den Boden verpreßt werden.

Was dann oben in den Himmel wächst, ist auch nicht im Einklang mit Mutter Natur. Die Langzeitfolgen, nicht zuletzt auf das Mikroklima, sind noch nicht abzuschätzen. Darauf weist Fritz Vahrenholt in seinem neuen Buch „Die große Energiekrise“ hin. Er weiß, wovon er spricht, war er doch als REpower-Chef maßgeblich an der Errichtung von Windparks beteiligt. Auch heute noch hält der SPD-Politiker Wind- und Solarparks für eine sinnvolle Ergänzung im deutschen Strommix, bloß muß ihre

Limitierung bekannt sein. „Nur im Verbund mit anderen regelbaren Stromerzeugungen machen Windkraftanlagen energetisch Sinn“, schreibt er. „Wind und Sonne liefern eben keine gesicherte Leistung.“ Und das auf Kosten einer Natur, die plötzlich sehr sorglos geopfert wird. Der Nistplatz einer gefährdeten Fledermausart kann einen Autobahnbau stoppen, wundert sich Vahrenholt, aber wenn die Lungen der unglücklichen Tiere durch Wirbelschleppen der Windkraftwerke implodieren, wird das ausgeblendet.

Obwohl ein Baum genau das macht, was die grüne Ideologie will, nämlich CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre aufzunehmen und zu binden, findet er keine Gnade vor Habeck. Bereits in den vergangenen Monaten fielen selbst Schutzgebiete wie der Reinhardswald der grünen Kettensäge zum Opfer. Pech für den Wald, Pech für die Fledermaus, daß der grüne Kapitalismus an ihnen nichts verdient. Künftig wird das noch viel schlimmer, ließ Habeck schon mal vorsorglich Umweltschutz und Bürgerinitiativen für noch zu bauende Windparks abräumen. Er wird schon wissen warum. Denn er hat keine Argumente. Und wie die Suche nach einem „Strommarktdesign“ zeigt, auch keine Ideen.

## Andreas Kinneging: »Konservativ und national?«

**Eine notwendige Differenzierung**

Unsere Zeit ist außergewöhnlich. Die weltanschauliche Tradition, die Europa seit der Antike geprägt hat und gemeinhin mit »Athen und Jerusalem« umrissen wird, liegt im Sterben. Die Aufklärung im 18. und die Romantik im 19. Jahrhundert konkurrierten zwar miteinander, wandten sich jedoch gleichermaßen gegen die europäische Tradition. Ihre Fernwirkungen lassen sich bis in die Gegenwart nachzeichnen.

Das Verständnis der Nation blieb von Aufklärung und Romantik nicht unberührt. Doch gab es stets auch traditionelle Herleitungen.

Andreas Kinneging, Professor für Philosophie an der Universität Leiden/NL, untersuchte in seinem Festvortrag anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Bdk am 8. Oktober 2022 Möglichkeiten und Grenzen nationalen Denkens aus konservativer Sicht. Er kann ab sofort bei uns oder über den Buchhandel bezogen werden.



Broschüre, 34 Seiten, 14,8 x 21 cm  
ISBN 978-3-947600-04-5  
5,00 Euro zzgl. Porto/Versand

Hier erhältlich:  
bestellservice@bdk-berlin.org  
Fax: 030-315 17 37 21



**BIBLIOTHEK  
DES  
KONSERVATISMUS**

Bibliothek des Konservatismus  
Fasanenstraße 4  
10623 Berlin

Tel. 030-315 17 37 0  
Fax: 030-315 17 37 21  
E-Mail: info@bdk-berlin.org  
Web: www.bdk-berlin.org